

Volkstimme

Einzelpreis 50 Pf.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Pieper, Magdeburg. — Druck und Verlag: von W. Pieper & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: 1567. Für den Verlag und die Druckerei: Nr. 961, Postfachnummer 2. Nachtrag, Seite 11.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 36,00 Mark, monatlich 12,00 Mark. Wenn Abbestellen vom Verlag und den Ausgabestellen Vierteljährlich 33,75 Mark, monatlich 11,25 Mark. Bei den Postanstalten Vierteljährlich 36,90 Mark, monatlich 12,30 Mark. — Anzeigengebühr: die gespaltene Spaltenbreite 1,75 Mark, auswärts 2,50 Mark, im Restamteile Seite 7,00 Mark, auswärts 10,00 Mark. Vereinstaler Seite 1,50 Mark. Anzeigenabgabe geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 34.

Magdeburg, Donnerstag den 9. Februar 1922.

33. Jahrgang.

Eisenbahnbeamtenstreik beendet.

Keine Maßregelungen.

Der Streik der Eisenbahnbeamten ist vom Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter als beendet erklärt. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß der Hauptvorstand die Weisungen zum Abbruch des Streikes hat ergehen lassen. Nach Mitteilungen der deutschen Presse, die über die Dinge innerhalb der Reichsgewerkschaft stets glänzend unterrichtet wird, ist noch nicht sicher, ob auch die Streikleitung den Abmachungen mit der Reichsregierung beitrifft. Wir hoffen aber, daß auch die Streikleitung den Einwirkungen kommunistischer und auf der äußersten Rechten stehender Elemente widerstrebt, die ihr zur Fortführung des Kampfes raten.

Nach langwierigen Verhandlungen ist es gelungen, eine Verständigung zu erzielen, die auf keiner Seite das Gefühl einer Niederlage auslösen muß. Die Grundlagen dafür sind aus Beratungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in den späten Nachmittagsstunden des Dienstags hervorgegangen. Wir begrüßen es, daß der Reichskanzler Dr. Brüning die letzten Hemmungen, die einer endgültigen Verständigung im Wege standen — nämlich die Ablehnung einer direkten Verhandlung mit der streikenden Reichsgewerkschaft — überwunden hat. So ist es in den Abendstunden des Dienstags gelungen, durch direkte Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Reichsgewerkschaft zu einem Ergebnis zu kommen, von dem sich die Vertreter der Reichsgewerkschaft befriedigt erklärten.

Der heikelmäßigste Reserventenentwurf zu einem Arbeitszeitgesetz wird mit den Gewerkschaften beraten, besonders auch die Frage, ob der Gedanke eines Sondergesetzes für die Eisenbahner fallen gelassen und die Eisenbahner in ein Gesetz einbezogen werden, das für alle Arbeitnehmer Geltung hat. Der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister gaben weiterhin Erklärungen zur Besoldungsfrage ab, von welchen die Vertreter der Reichsgewerkschaft ebenfalls befriedigt waren. Die Hauptschwierigkeit bildete auch bei diesen Verhandlungen die Frage der Maßregelung und Disziplinierung der Streikenden. Eine Einigung fand auf der Grundlage statt, daß die Vollmachten des Reichsverkehrsministers zurückgezogen und das Gesamtkabinett Richtlinien dafür aufstellt. Am Mittwoch werden weitere Verhandlungen mit den Vertretern der Reichsgewerkschaft stattfinden, um die gestrigen Erklärungen des Reichskanzlers genauer zu formulieren.

Es ist zu begrüßen, daß den Scharfmachereien des Reichsverkehrsministeriums durch das Reichskabinett ein Riegel vorgeschoben werden soll. Wir empfehlen dem Reichskabinett, nicht kleinliche Rache zu nehmen. Die gesamte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist sich darin einig, daß der Streik der Eisenbahnbeamten leichtfertig injiziert worden ist, daß Leute an der Spitze dieser Gewerkschaft stehen, die nicht das Maß von Verantwortungsgefühl besitzen, das gerade von Führern einer Eisenbahnergewerkschaft verlangt werden muß. Es ist aber Sache der Gewerkschaft selbst, mit diesen Leuten abzurechnen und dafür Sorge zu tragen, daß sie nicht weiteres Unheil anrichten. Mit Maßregelungen nachhelfen zu wollen, ist ein völlig verfehltes Beginnen, das nur neue Erbitterung hervorruft. Die Gehärdete der Arbeiterbewegung — deren Studium allen Geheimräten in den Ministerien und Direktionen dringend empfohlen werden muß — lehrt, daß Gewaltmaßnahmen immer nur das Gegenteil der damit verfolgten Absicht erzielen. Das wirkliche Prinzip der Arbeiterbewegung ist die Selbstkautel.

Darum sollte das Reichskabinett mit der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten, deren Fall mit dem Streikabbruch zugesagt ist, auch den Gedanken an Maßregelungen und Disziplinierungen nur wegen der Teilnahme oder Führung des Streikes fallen lassen.

Erklärung der Reichsgewerkschaft.

Das Wolff-Bureau berichtet, daß am Dienstag nachmittag die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung fortgesetzt wurden. Es nahmen daran teil Vertreter des Deutschen Beamtenbundes und ein Vertreter der Postgewerkschaft, welche die streikführende Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten mit ihrer Vertretung beauftragt hatte. Die Verhandlungen bezogen sich zuletzt nur noch auf die Forderungen

gen der Disziplinierung ausständiger Beamter. Nachdem die Beamtenvertreter unter inzwischen gefällten Voransetzungen den alsbaldigen Abbruch des Streikes in Aussicht stellten, wurden zwei Vertreter der Reichsgewerkschaft zu einer letzten Besprechung beigezogen. Es wurde über folgende Erklärung Übereinstimmung erzielt, nachdem das Kabinett von dem Gange der Verhandlungen Kenntnis genommen und das vom Reichskanzler vorgetragene Ergebnis gebilligt hatte. Die Erklärung lautet:

Die Reichsgewerkschaft gibt die Versicherung ab, daß sie noch Dienstag abend den Streik der Reichsgewerkschaft als beendet erklären wird, nachdem der Herr Reichskanzler seinerseits im Namen der Reichsregierung ausgeführt hat, daß bei sofortigem Abbruch des Streikes die Disziplinierung nach den vom Gesamtkabinett aufgestellten Richtlinien erfolgen wird.

Die Reichsregierung wird bei sofortigem Abbruch des Streikes in der Anwendung und Durchführung von Massendisziplinarverfahren und Masseneinstellungen absehen. Den in Frage stehenden Beamten wird ihr Beschwerderecht selbstverständlich vollständig gewahrt werden.

Die Wolff-Meldung schließt: Damit ist der Streik beendet. Die Vertreter der Reichsgewerkschaft erklärten, noch am Abend an ihre Organisationen telegraphisch die Weisung zum Abbruch des Streikes ergehen lassen zu wollen.

Streikabbruch in Magdeburg.

Von der Streikleitung der Eisenbahnbeamten in Magdeburg wird uns mitgeteilt, daß sie in den Mittagsstunden des Mittwochs die Aufforderung aus Berlin erhalten hat, den Streik sofort abzublenden.

Die Wiederaufnahme der Arbeit durch die streikenden Beamten im Bezirk Magdeburg soll einheitlich am Mittwoch abend erfolgen.

Vor Groeners Rücktritt.

Wie unser Berliner Korrespondent mitteilt, ist mit dem Rücktritt des Reichsverkehrsministers Groener zu rechnen.

Welche Folgen der Eisenbahnstreik in bezug auf die innere Politik Deutschlands haben wird, läßt sich augenblicklich noch nicht übersehen. Im Reichstag wird es zweifellos zu recht heftigen Auseinandersetzungen kommen.

Mit dem Ausgang des Eisenbahnbeamtenstreiks sind, wie uns gedrahtet wird, auf der äußersten Linken die Kommunisten und auf der äußersten Rechten die Deutschnationalen nicht zufrieden. Diesen geschwornen Feinden der Republik kam der Streik der Eisenbahnbeamten sehr willkommen, und sie hatten sich alle Mühe gegeben, den Streik zu benutzen, um einen Schlag gegen die republikanisch-demokratische Regierung zu führen.

Generalstreik in Berlin?

Es wird eine Meldung verbreitet, nach welcher die Betriebsräte von Berlin eine Resolution angenommen hätten, in welcher von den Gewerkschaften die sofortige Ausrufung des Generalstreiks gefordert wird.

Ueber das Zustandekommen dieses „Beschlusses“ wird uns aus Berlin mitgeteilt, daß das nur möglich war, weil die Versammlung in einer Weise endete, bei welcher Stuhlweine und ähnliche Argumente eine bedeutende Rolle spielten.

Der ehemalige unabhängige Volksbeauftragte Emil Barth, der in der Betriebsräte-Versammlung über den Beamtenstreik sprach, wurde minutenlang unterbrochen und niedergebrüllt, als er sich gegen einen Generalstreik aussprach. Eine von ihm vorgeschlagene Resolution wurde zwar angenommen, später aber auf die oben angegebene Weise durch eine Generalstreiks-Resolution ersetzt.

Die sozialdemokratischen Betriebsräte veröffentlichten eine Erklärung, daß diese Resolution nie und nimmer zum Generalstreik führen dürfe.

Das unglückliche Berlin.

Die Millionenstadt Berlin ist das bevorzugte Objekt für radikalere Experimente. Auf dem breiten Rücken der Berliner Bevölkerung sind schon mancherlei wahrnehmbare Kämpfe ausgetragen worden, noch nie aber ein so jäherer wie der augenblickliche Streik der Berliner Gemeindegewerkschaft. Der Streik geht um die Dauer eines Manteltarifs. Ein ergangener und vom Magistrat angenommener Schiedsspruch setzte als Kautelermin den 30. Juni fest, während die Streikenden eine Geltungsdauer bis zum 31. Dezember verlangen. Ueber alles Weitere unterrichtet der gestern bereits erwähnte Aufsatz in der Berliner Arbeiterzeitung, in dem es u. a. heißt:

Nachdem durch die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums ein neuer Schiedsspruch für die städtischen Angestellten gefällt worden ist, der den alten Manteltarifvertrag in seinen wesentlichen Punkten bis zum 30. Juni 1922 aufrecht erhält, ist nach der Meinung der unterzeichneten Verbände wie nach

allgemein gültigen Gewerkschaftsgrundsätzen ein Streikobjekt nicht mehr vorhanden. Die Arbeitseinstellung erfolgte daher unter Verletzung der tatsächlichen Umstände und ging von Voraussetzungen aus, die nicht mehr vorhanden waren. Die Arbeitnehmerschaft führt also einen Streik, den sie tatsächlich gar nicht beschlossen hat.

Für die Verhandlungen über die Erneuerung des bisherigen Manteltarifs ist in den kommenden 5 Monaten bis zum 30. Juni 1922 genügend Zeit vorhanden. Die unterzeichneten Verbände haben bemitleidend eingegriffen und mit dem Magistrat verhandelt. Die Verbände haben dabei die Forderung gestellt, daß, sofern die Arbeitsaufnahme zu einem möglichst baldigen Termin erfolgt, keine Maßregelungen stattfinden dürfen. Der Magistrat hat dies zugesagt. Er erklärte hierbei weiter, daß mit der Annahme des Schiedsspruchs des Reichsarbeitsministeriums der Magistrat auch anerkennt, daß die diesjährige Urlaubsregelung nach dem alten Manteltarif erfolgen soll.

Arbeitskollegen! Wir fordern euch darum auf, die Arbeit unverzüglich und geschlossen wieder aufzunehmen und diesen die Allgemeinheit schwer schädigenden Streik sofort aufzugeben. Auch die bei den Verhandlungen anwesenden Vertreter der Streikkommission haben die Zusage gegeben, für sofortige Wiederaufnahme der Arbeit einzutreten.

Die „radikalen“ Elemente der Streikenden haben ihre Vertreter im Stiche gelassen und den sofortigen Abbruch des Streikes abgelehnt. Sie wollen darüber im Laufe des Mittwochs erst eine Urabstimmung vornehmen, deren Ergebnis erst in den Nachtstunden zu erwarten ist.

Das unglückliche Berlin könnte also weiter so lange ohne Wasser, Gas und Elektrizität sein, bis die Urabstimmung vorgenommen ist, die vor dem Streike notwendig und von den Drahtziehern verhindert worden ist.

Die betrübten Lohgerber.

In der Presse der Deutschen Volkspartei wird immer noch gezetert über die Tatsache, daß Rathenau zum Minister des Auswärtigen ernannt sei, trotzdem die Unterhändler der Partei noch „persönliche und jauchige Garantien“ für die Steuererhöhung gefordert hatten und die Ernennung Rathenaus als das Gegenteil davon ansehen.

Es ist zwar nicht klar, was Rathenau als Außenminister mit dem Steuerkompromiß an und für sich zu tun hätte. Aber die Volksparteier werden schon wissen, weshalb gerade die Stimmenspartei gegen Rathenau Stellung nimmt. Das könnte auf sich beruhen bleiben, wenn nicht ihre Presse den Anschein zu erwecken und aufdringlich suchte, daß Rathenau durch ein Ultimatum seine Ernennung erzwingen habe. Diese Darstellung ist schon als ein jäher erklärtes Mißverständnis bezeichnet worden. Aber die Journalisten der Stimmenspartei wissen sich Rat. Sie behaupten neuerdings, daß der Reichskanzler den vier Abgeordneten der Volkspartei — Dr. Becker, Dr. Hugo, Dr. Kempes und Dr. Strefemann — erklärt habe, daß Doktor Rathenau für einen Eintritt in das Ministerium nicht mehr in Betracht komme, wenn er nicht bis zum nächsten Morgen ernannt sei. So „Die Zeit“, das völksparteiliche Tagesblatt. Die partei-offizielle „Nationalistische Korrespondenz“ verzweifelt die Darstellung noch, indem sie die Worte Barth so wiedergibt: „Denn Dr. Rathenau habe ihm erklärt, wenn seine Ernennung nicht sofort erfolge, müsse der Reichskanzler auf jegliche Wählung Dr. Rathenaus für Genua verzichten.“

Die ganze Auseinandersetzung mutet an wie ein Froschkonzert. Ob Barth dies und Dr. Rathenau jenes gesagt habe, darauf kommt es gar nicht an, sondern auf die Frage, ob Doktor Rathenau, der sich und der deutschen Regierung bereits ein gewisses Vertrauen im Ausland erworben, der geeignete Mann für das bisher nur nebenamtlich verwaltete Außenministerium sei. Und wenn wir auch seinen amfänglichen Handlungen abwartend gegenüberstehen, so müssen wir doch betonen, daß die bisherige Politik Rathenaus uns wesentlich zweckmäßiger erscheint als die „Politik“ der Stimmens-Gruppe, die lediglich das Quantitäten Vertragen wieder zerschanden würde, das unmöglich gemonnen wurde. Das Gezeter über Rathenaus angebliches Ultimatum wirkt daher als das Wehklagen jener Lohgerber, denen die Felle davonschwammen.

Die monarchische „Magdeburgische“

Die Besprechung des Kronprinzenbriefes in der „Volkstimme“ hat die „Magdeburgische Zeitung“ äppig gemacht. Sie schimpft und tobt in Ausbrüden, die einem Schieber alle Ehre machen würden. Vor allem hat es ihr die Ermahnung des Kronprinzen Garem in Verbindung mit dem Geheimnis des Kronprinzen nach seiner Familie angetan. Von jener Gerichtsverhandlung, in der als wahr unterstellt wurde, daß Wilhelm junior sich in der Stube eines Garem einrichtete und sogar vor Gewaltmitteln zur Bevölkerung dieses Garem nicht zurückschreckte, hat die „Magdeburgische“ ihre Leser natürlich nicht unterrichtet. Dem braven Bürger wird nur ein Stück aus unferm Artikel serviert und — dadurch der Eindruck zu erwecken versucht, als zögen wir die „edelmsten“ Familiengedächtnisse des „armen Sebastian“ in roher Weise in den Schmutz.

Wenn der Zweck des Briefes soll erreicht werden, dieser Zweck ist Stimmungsmache für die Rückkehr des Kronprinzen. Bei der Verfolgung dieses Zieles kommt es auf ein bißchen weniger Wahrheit nicht an.

Dieser Vorbereitung der Rückkehr des Kronprinzen haben wir einen Stern in den Weg gelegt, der schwer zu befeuchten ist. Aber die Hohenzollernjünger in der „Magdeburgischen“ glauben ihn entfernen zu können, wenn sie auf uns schimpfen, anstatt sich ihres Hohenzollern zu schämen.

